

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, Oranienstraße 164, 10969 Berlin

An:
Urbane Praxis e.V.
Gerichtstraße 23
Hinterhof 5
13347 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

Nina Stahr und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Oranienstraße 164
10969 Berlin

Kontakt für Rückfragen:
wahlpruefsteine@gruene-berlin.de

Berlin, 15. September 2026

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf die Wahlprüfsteine der Netzwerkstelle Urbane Praxis zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Änderungen oder Kürzungen des Wortlauts bedürfen erneuter Freigabe.

1. Wollen Sie bisher ungenutzte Potenzialräume für Kultur, Nachbarschaftsarbeit und gemeinwohlorientierte Initiativen in Berlin bereitstellen und wie könnte die Umsetzung aussehen?

Ja, wir wollen vorhandene Räume besser für Kultur, Nachbarschaft und Gemeinwohl nutzen. Kultur gehört für uns zur Daseinsvorsorge und damit auch zur Stadtentwicklung. Bei neuen Stadtquartieren und größeren Bauvorhaben wollen wir deshalb Flächen für Kultur von Anfang an mitplanen und zu leistbaren Konditionen anbieten. Auch für Kultur- und Kreativräume wollen wir eine verbindliche Quote in neuen Quartieren schaffen.

Darüber hinaus wollen wir Leerstand und untergenutzte Liegenschaften systematisch erfassen und für gemeinwohlorientierte Nutzungen zugänglich machen. Dafür wollen wir ein landesweites Flächenregister schaffen, das unter anderem Nutzung, Leerstand und Nutzungspotenziale sichtbar macht. Öffentliche Grundstücke und Immobilien sollen vorrangig gemeinwohlorientiert vergeben werden – nicht nach dem höchsten Preis, sondern nach dem besten Konzept.

Außerdem sprechen wir uns klar dafür aus, Projekte und Strukturen der Urbanen Praxis zu ermöglichen und auch wieder finanziell zu unterstützen sowie geeignete Orte auf Landes- und Bezirksebene zur Verfügung zu stellen. Die Kürzungen des schwarz-roten Berliner Senats und das Zuständigkeits-Ping-Pong zwischen der Kultur- und Stadtentwicklungsverwaltung bei der Urbanen Praxis sind unwürdig, völlig ungerechtfertigt und vor allem sehr schädlich. Die Urbane Praxis hat sich längst als wichtiger Teil der Berliner Kulturlandschaft an der Schnittstelle von Kunst, Stadtentwicklung, Kultureller Bildung und Gemeinwesenarbeit etabliert.

Wir wollen die drastischen Kürzungen von CDU und SPD u. a. beim Arbeitsraumprogramm, bei dem Berliner Projektfonds Urbane Praxis und der Kunst im Stadtraum rückgängig machen. Wer das „Ökosystem“ der Kulturmetropole Berlin erhalten will, muss nicht zuletzt ihre künstlerische Infrastruktur, Freiräume und Vielgestaltigkeit bewahren. Mit der Stabstelle ist die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schon in Ansätzen gelungen. All das gilt es zu verstetigen und auszubauen.

2. Planen Sie, die Zivilgesellschaft, sowie Akteur*innen und Initiativen der kollektiven Stadtentwicklung frühzeitig in Planungsprozesse städtischen Interesses einzugliedern, und wenn ja, wie?

Ja, für uns ist Stadtentwicklung eine gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Die Zivilgesellschaft soll deshalb nicht erst beteiligt werden, wenn die wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen sind. Bei neuen Stadtquartieren wollen wir die Zivilgesellschaft, die Bezirke und gemeinwohlorientierte Bauträger*innen von Anfang an einbinden.

Dazu gehören für uns transparente Stadtdebatten, partizipative Planungsverfahren und eine stärkere Unterstützung von Initiativen vor Ort. Wir wollen außerdem die Beteiligungsbüros, die Stadtteilkoordination Plus und die Mobile Stadtteilarbeit stärken. Gleiches gilt für den Runden Tisch Liegenschaftspolitik und ähnliche Bestrebungen zur Vernetzung aller relevanten Stakeholder und Nutzer*innen von Kulturräumen. Gerade selbstorganisierte Akteur*innen verfügen über Wissen über ihren Kiez, das für gute Planung unverzichtbar ist.

3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Beteiligungsverfahren in Berlin tatsächlich wirksame und nachhaltige Mitentscheidung ermöglichen? Wie stehen Sie zu verbindlichen Entscheidungsspielräumen, garantierter Ergebnisoffenheit und einer nachvollziehbaren Umsetzung der Empfehlungen des Beteiligungsbeirats zur „guten Beteiligung“?

Beteiligung muss für uns mehr sein als Information über bereits getroffene Entscheidungen. Wir wollen frühe, transparente und echte Mitsprache auf klar definierten Grundlagen. Mit unserem geplanten „Stadtvertrag Beteiligung“ wollen wir verbindliche Standards für gute Beteiligung schaffen und Bürger*innenräte sowie bestehende Beteiligungsstrukturen stärken.

Entscheidend ist, dass bereits zu Beginn eines Verfahrens klar ist, welche Entscheidungen tatsächlich gemeinsam getroffen werden können. Wo Beteiligung als Mitentscheidung angelegt ist, müssen die entsprechenden Entscheidungsspielräume verbindlich festgelegt werden. Verfahren müssen transparent sein und Empfehlungen nachvollziehbar in die politische Abwägung einfließen. Die im Wahlprogramm vorgesehenen Beteiligungsstandards wollen wir deshalb so ausgestalten, dass aus Beteiligung auch tatsächliche Wirkung entsteht.

4. Welche weiteren Maßnahmen für eine gute Bürger*innenbeteiligung im Interesse der Berliner*innen planen Sie in der räumlichen Stadtentwicklung umzusetzen?

Wir wollen Beteiligung strukturell in der Stadtentwicklung verankern. Dazu gehören regelmäßige Stadtdebatten für besondere Orte, partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe sowie eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Fachämter, Bezirke und Anwohner*innen.

Außerdem wollen wir die Beteiligungsbüros in den Bezirken, die Sozialraumplanung, die Stadtteilkoordination Plus und die Mobile Stadtteilarbeit stärken. Beteiligung muss niedrigschwellig sein und alle Menschen erreichen können – auch dort, wo klassische Beteiligungsformate bisher nicht funktionieren. Sprachbarrieren dürfen dabei kein Hindernis sein.

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungsprojekte langfristig abgesichert werden und nicht von kurzfristigen Projektförderungen abhängig bleiben, insbesondere durch den Ausbau von Strukturförderungen, interdisziplinären Förderansätzen und Phase-0-Förderung?

Gemeinwohlorientierte Projekte brauchen Planungssicherheit. Wir wollen deshalb das Zuwendungsrecht vereinfachen und mehrjährige Förderungen ermöglichen, damit Initiativen und gemeinnützige Organisationen nicht jedes Jahr um ihre Finanzierung bangen müssen.

Für die Stadtentwicklung wollen wir diese Logik weiterdenken: Gemeinwohlorientierte Projekte sollten nicht nur für die konkrete Umsetzung, sondern auch für Aufbau, Kooperation, Konzeptentwicklung und langfristige Strukturen Unterstützung erhalten. Gerade die frühe Phase eines Projekts entscheidet häufig darüber, ob unterschiedliche Akteur*innen erfolgreich zusammenarbeiten können. Deshalb wollen wir auch niedrigschwellige und ressortübergreifende Fördermöglichkeiten stärken.

6. Wie wollen Sie solche interdisziplinär wirkenden Fördermöglichkeiten künftig stärken, und wenn ja, auf welche Weise?

Wir wollen Förderstrukturen stärker an den tatsächlichen Herausforderungen der Stadt ausrichten und nicht an den Grenzen einzelner Ressorts. Klimaschutz, soziale Infrastruktur, Kultur, Stadtentwicklung und Nachbarschaftsarbeit müssen häufiger gemeinsam gedacht und gefördert werden.

Dazu wollen wir bestehende Landes- und EU-Förderprogramme besser zugänglich machen und die Bezirke bei integrierten Entwicklungskonzepten stärken. Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEKs), regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung und partizipative Quartiersentwicklung bieten dafür geeignete Strukturen.

7. Welchen Stellenwert hat Umweltgerechtigkeit im Sinne der Untersuchung durch den Umweltgerechtigkeitsatlas für Sie und wie wollen Sie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Berliner Stadtentwicklung verbindlich zusammendenken?

Umweltgerechtigkeit ist für uns ein zentraler Bestandteil sozialer Stadtentwicklung. Klimaschutz und Klimaanpassung sollen mit sozialer Gerechtigkeit und bezahlbarem Wohnen zusammen gedacht werden. Einen besonderen Fokus wollen wir auf mehrfach belastete Quartiere legen.

Die Erkenntnisse des Umweltgerechtigkeitsatlas können dabei eine wichtige Grundlage für die Priorisierung von Maßnahmen bilden. Dort, wo Menschen besonders stark von Hitze, Lärm, Luftbelastung oder fehlendem Grün betroffen sind, müssen Investitionen in Entsiegelung, Begrünung, Klimaanpassung, soziale Infrastruktur und Aufenthaltsqualität Vorrang haben. Unser Ziel ist eine Stadtentwicklung, die nicht nur durchschnittliche Versorgungswerte betrachtet, sondern bestehende soziale und ökologische Ungleichheiten gezielt abbaut.

8. Wie sollen selbstorganisierte und solidarische Initiativen bei der Entwicklung einer krisenfesten Stadt mit einbezogen werden?

Selbstorganisierte Initiativen sind für uns wichtige Partner*innen einer solidarischen Stadt. Sie kennen die lokalen Bedürfnisse, können schnell reagieren und schaffen soziale Infrastruktur dort, wo staatliche Angebote allein nicht mitkommen. Deshalb wollen wir niedrigschwellige Strukturen und die Mobile Stadtteilarbeit stärken und das Engagement durch vereinfachte und mehrjährige Förderungen verlässlicher machen.

Gerade in mehrfach belasteten Quartieren wollen wir die Bezirke mit zusätzlichen Handlungsmöglichkeiten ausstatten. Initiativen, Nachbarschaftsprojekte und gemeinwohlorientierte Akteur*innen sollen dabei frühzeitig in die Entwicklung von Quartierskonzepten und konkrete Maßnahmen einbezogen werden.

9. Welche Maßnahmen gegen Verdrängung planen Sie umzusetzen, besonders bezogen auf kulturell und kollektiv genutzte Orte?

Wir wollen kulturelle und kollektiv genutzte Orte dauerhaft sichern und Verdrängung nicht erst bekämpfen, wenn ein Standort bereits unmittelbar vor dem Aus steht. Für Clubs, kleine Musikspielstätten und Open-Air-Orte wollen wir deshalb planungsrechtliche Absicherung, Zwischennutzungen und bessere Genehmigungsverfahren nutzen. Außerdem setzen wir uns für ein soziales Gewerbemietrecht ein und wollen z. B. für akut bedrohte Clubstandorte einen Notfallfonds einrichten. Auch eine strategische Ankaufpolitik muss wieder Teil des stadtpolitischen Instrumentenkastens werden, um Kultur- und Kreativnutzungen langfristig zu erhalten.

In der Stadtentwicklung wollen wir Kultur- und Kreativräume durch verbindliche Quoten in neuen Quartieren sichern. Öffentliche Grundstücke sollen zudem vorrangig an gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden. So wollen wir verhindern, dass kulturelle und soziale Nutzungen immer wieder den steigenden Boden- und Gewerbemieten zum

Opfer fallen. Ebenso wollen wir alle baurechtlichen Möglichkeiten nutzen, dass Kulturorte nicht durch heranrückende Bebauung verdrängt wird und entsprechende Auflagen gegenüber Neubauprojekten machen.

10. Wie gestalten Sie die Abkehr vom Abriss und wie stärken Sie die Umnutzungen von Bestandsarchitekturen?

Für uns ist klar: Wir brauchen die Bauwende. Damit einher geht, dass Umbau und Erhalt über Abriss und Neubau stehen. Das ist nicht nur ein Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz, sondern auch zur Baukultur, zur Identifikation in den Kiezen sowie zum Erhalt sozialer Infrastruktur, kultureller Orte und gewachsener Nachbarschaften. Wir wollen Berlin unter Berücksichtigung seines Bestands und seiner Qualitäten weiterbauen und die bestehende Bausubstanz bei neuen Quartieren so weit wie möglich integrieren. Eine moderne Bauordnung soll das Umbauen im Bestand erleichtern und damit zugleich Baukosten senken. Gleichzeitig wollen wir den Abriss erschweren und unter Genehmigungsvorbehalt stellen.

Leerstehende Büro- und Gewerbeflächen wollen wir besser nutzen und Umnutzungen zu Wohnraum, Kultur und gemeinwohlorientierten Orten erleichtern. Dafür braucht es vereinfachte Genehmigungsverfahren, passende Förderprogramme und eine Verwaltung, die Umbau aktiv unterstützt. Der Bestand soll damit nicht als Hindernis, sondern als Ressource für eine klima- und ressourcenschonende Stadtentwicklung verstanden werden. Unser Ziel ist ein grundlegender Perspektivwechsel: Nicht der Abriss eines funktionierenden Gebäudes muss begründet werden, sondern die Entscheidung für Abriss und Neubau muss sich gegenüber Erhalt und Umbau rechtfertigen.